

Europa-Verhandlungen

Wir brauchen
einen Plan B

Reiner Eichenberger

Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik
an der Universität Freiburg

Ohne Beschränkung des Bevölkerungswachstums wird der neue Vertrag mit der EU spätestens am Volk scheitern. Zeit für einen Plan B. Er könnte die Nachteile eines Hinfalls der Bilateralen I vielfach überkompensieren, wenn er folgende Probleme angeht: die Landknappheit infolge der Personenfreizügigkeit, die Umwelt- und Verkehrsprobleme, die überhöhten Schweizer Preise und die steuerliche Entlastung der Wertschöpfung. Wie wäre Folgendes?

◆ Die Umwidmung von 200 Quadratkilometer Landwirtschaftsland zu Bauland: Das entspricht etwa 1,3 Prozent der heutigen Landwirtschaftsfläche und 7 Prozent der Siedlungsfläche. Damit würde aus Landwirtschaftsland im Wert von etwa 1,2 Milliarden Bauland im Wert von 60 Milliarden Franken.

◆ Die Liberalisierung der Landwirtschaftspolitik: Die Märkte werden geöffnet und die Subventionen gesenkt. Für ihren Einkommensausfall würden die Bäuerinnen und Bauern fürstlich entschädigt. Wenn ihnen für umgenutztes Land das Sechsfache des normalen Preises – das Doppelte des gesetzlich vorgesehenen bei Enteignungen – bezahlt würde, wären das etwa 7 Milliarden Franken. Wenn ihnen eine Kompensation des 15-Fachen ihrer jährlichen Einkommensausfälle infolge Liberalisierung bezahlt würden, wären das etwa 23 Milliarden. So blieben rund 30 Milliarden für die Allgemeinheit.

◆ Die Abschaffung der Subventionierung des Verkehrs: Den Autofahrern sind die von ihnen verursachten externen Kosten durch Umweltbelastung, Lärm, Unfälle, Stauverlängerung und Weiteres von 13 Milliarden Franken gemäss Bundesschätzungen jährlich anzulasten. Dafür haben sie dann freiere Fahrt. Wenn der Autoverkehr seine Kosten voll trägt, sind die heutigen Subventionen des öffentlichen Verkehrs von 8 Milliarden hinfällig, und er sollte auch seine externen Kosten von rund 2 Milliarden jährlich bezahlen. Das gibt dem Staat freie Mittel von 23 Milliarden jährlich – genug, um die Mehrwertsteuer aufzuheben.

◆ Die Schleifung der Preisinsel: Ohne Mehrwertsteuer könnten alle legalen Güter und Dienstleistungen völlig frei importiert werden. So passten sich die Schweizer Importpreise schnell an das EU-Niveau an, und die Realeinkommen der Konsumenten würden sich um etwa 30 Milliarden Franken jährlich rechnen.

So liesse sich in der Schweiz noch viel besser leben. Es bräuchte also erst recht eine Zuwanderungsabgabe. Der finanzielle Wanderungsgewinn eines Medianlohnbezügers beträgt bei dreissig Arbeitsjahren weit über eine Million Franken. Eine Zuwanderungsabgabe von jährlich 5000 bis 10000 Franken pro Kopf während fünf Jahren würde bei einer Senkung der Zuwanderung auf netto 30000 Personen jährlich Einnahmen von weiteren 2 bis 4 Milliarden Franken für die Allgemeinheit bringen.

Reiner Eichenberger ist regelmässiger Kolumnist der «Handelszeitung». Die in den Kolumnen vertretenen Ansichten können von jenen der Redaktion abweichen.